

BANKROTT Handelsgericht Wien eröffnet Konkurs über die AMIS AG - Zukunft der Tochterfirma AFC ist noch ungewiss

Finanzfirma AMIS ist ein Fall für den Konkursrichter

Die mutmassliche Anlagebetrugsaffäre um die Finanzfirma AMIS bekommt eine neue Wende. Die Schlichterrate, AMIS AG, ist pleite. Für die Anleger geht das Zittern weiter.

Die Wiener Finanzfirma Asset Management Investment Services (AMIS) AG, Muttergesellschaft des Finanzdienstleisters Amis Financial Consulting (AFC) AG, ist bankrott. Am Mittwochvormittag wurde am Handelsgericht Wien das Konkursverfahren über die Schlichterrate des AMIS-Finanzkonglomerats eröffnet. Bereits am Freitagnachmittag hat AMIS-Vorstand Veronique Martineau einen siebenseitigen Konkursantrag inklusive umfangreicher Beilagen eingbracht.

Völliger Absturz

„Die Überschuldung hat ein solch gravierendes Ausmass, dass die AMIS AG davon ausgeht, dass diese innerhalb der gesetzlichen Frist von maximal 18 bis 24 Monaten nicht beseitigt werden kann“, heisst es im Konkursantrag. Darüber hinaus habe die Depotbank die Managementgebührenzahlungen im Zusammenhang mit den luxemburgischen Sicav-Fonds an die AMIS AG sowie an ihre Finanzdienstleistungstochter AFC „seit Anfang Oktober 2005 eingestellt, sodass die AMIS AG über keine liquiden Mittel mehr verfügt.“ Gerade noch 19,53 € in bar liegen in der AMIS-Kassa. Brisantes Detail am Rande: Der zwischen der Muttergesellschaft und der Tochter AFC bestehende Managementvertrag (für die Fonds) wurde bereits am 4. April 2005 aufgelöst. Zugleich wurde ein

COVER

AMIS-Anleger warten seit Monaten auf Auszahlung

24. 03. 2005

über die mutmassliche Anlagebetrugsaffäre um das Wiener AMIS-Finanzkonglomerat hat das **WirtschaftsBlatt** von Anfang an exklusiv berichtet

FMA stellt Fondsanbieter AMIS unter Kuratel

02. 09. 2005

AUSZEIT AMIS Fonds setzt Handel aus

16. 09. 2005

Staatsanwalt erlässt Haftbefehle

28. 10. 2005

Konkursantrag bei AMIS ist in Griffweite

27. 10. 2005

AMIS-Pleite erschüttert gesamte Finanzbranche

Wie es für die 16.000 AMIS-Kunden weitergeht, die zum Teil um ihr Geld fürchten, steht weiter in den Sternen. Wie berichtet, unterhalten die rund 80 österreichischen Finanzdienstleister - ähnlich der Einlagensicherung der Banken - die „Anlegerentschädigung der Wertpapierdienstleistungsunternehmen GmbH“.

Die 80 Gesellschafter müssen, sollte auch die AMIS-Tochter AFC pleite gehen, bis zu zehn Prozent ihrer Eigenmittel in den Entschädigungstopf einbringen. Jeder geschädigte Anleger hat aber nur Anspruch auf maximal 20.000 €. Alle fiktiven Hochrechnungen ergeben Riesen-Summen, die damit nicht abzudecken sind.



Anlegerschutz Rasinger sieht bei AMIS schwarz

Dazu komme, dass einzelne Anleger viel höhere Summen angelegt haben sollen. Laut Rasinger werden u.a. Beträge in Höhe von 100.000 € und 200.000 € bis hin zu einer Million € kolportiert. „Aus meiner Sicht wird die ganze Finanzdienstleistungsbranche vom Fall AMIS schwerstens erschüttert werden“, behauptet Rasinger. „Und letztendlich haben solche Ereignisse auch einen Dominoeffekt. Sie verunsichern viele Anleger, und dadurch werden andere Anbieter unter Druck kommen.“

Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen, spricht: Die AMIS AG übernahm die operativen Verluste der Tochterfirma. Laut Aktenlage fungiert die AMIS AG als reine Holding, die Finanzdienstleistungstochter AFC führte die operativen Wertpapier-Geschäfte. Fakt ist aber: Die AFC wurde erst im Herbst 2002 von AMIS, vormals AVM, abgespalten. Laut österreichischem Spaltungsgesetz haften beide Gesellschaften grossenteils für die Geschäfte bis zur Abspaltung. Wie es mit der Amis Financial Consulting weitergeht, ob sie in die Pleite mitgerissen wird, wird in Kürze das Konkursverfahren der Alleinaktionärin AMIS AG weisen. Die Anleger - AMIS hat 16.000 Kunden - werden nach wie vor versuchen, sich an der Finanzdienstleistungstochter schadlos zu halten.

Dubioser AMIS-Krimi

Wie das WirtschaftsBlatt exklusiv berichtet, ist am Landesgericht Wien ein Strafverfahren wegen Verdachts des schweren gewerbsmässigen Betrugs anhängig. Laut Aktenlage geht es um den Verbleib von 60 bis 70 Millionen € der Anlegergelder (insgesamt 135 bis 140 Millionen €). AMIS hat u.a. Anteile an luxemburgischen Sicav-Fonds unter die Leute gebracht. Im Mittelpunkt stehen die AMIS-Gründer Dietmar Böhmer und Harald Loidl sowie AMIS-Vorstand Thomas Mitter. Für sie gilt die Unschuldsvormutung. Gegen Böhmer und Loidl wurden Haftbefehle erlassen. Mitter hat dem Haftbefehl Folge geleistet, er befindet sich in U-Haft. Böhmer-Anwalt Johannes Schmid zu den Vorwürfen: „Nach meiner Informationslage ist nichts dran.“

KID MÖCHEL
k.moechel@wirtschaftsblatt.at

IV Teile der Wohnbauförderung sollen in Senkung der Lohnnebenkosten fließen Industrie sucht neue Geldquellen

Die Industriellenvereinigung (IV) versucht einen neuen Anlauf zur Senkung der Lohnnebenkosten. Das Rezept von IV-Präsident Veit Sorger sieht dafür den Zugriff auf Mittel der Wohnbauförderung vor. „Österreich hat im Verhältnis zu Mitbewerbern in Europa zu hohe Personalzusatzkosten“, sagt Sorger. In den vergangenen Jahren sei es um dieses Thema zu ruhig geworden. Um neue Jobs zu schaffen, seien jetzt entsprechende Schritte dringend gefragt. Und den dafür notwendigen Spielraum bietet die Wohnbauförderung. Ins Auge sticht der Industrie, dass derzeit 80 Prozent der Investitionen in den Neubau fließen. Sie hält es für sinnvoller, rund ein Zehntel der 2,5 Milliarden € schweren Förderungen in Richtung Sanierung zu verschieben, etwa über Steueranreize. Ein Teil davon könne in die Senkung der Lohnnebenkosten fließen.



IV-Präsident Veit Sorger: „Es sind keine Schnellschüsse möglich.“

aber zu früh; das Modell werde erst durchgerechnet. Dass Mittel aus der Wohnbauförderung aber allein nicht genügen, um die Personalzusatzkosten in den Griff zu bekommen - für Österreichs Gewerbe sind es 84 Prozent des Direktentgelts, sei klar. Die Industrie denke daher über andere mögliche Modelle nach. Veit Sorger will seit seinem Amtsantritt 2004 zudem flexiblere Arbeitszeiten durchsetzen. „Es sind jedoch keine Schnellschüsse möglich.“ Das Problem auf KV-Ebene zu lösen, sei misslungen. „Aber gehen Sie davon aus, dass wir hartnäckig sind. Wir geben nicht auf.“

Getriebene Stimmung
Das Konjunkturbarometer der Industriellenvereinigung trübt sich indes leicht ein: 500 befragte Unternehmen schätzen die Geschäftslage erstmals seit über einem Jahr überwiegend pessimistisch ein. Die Auftragsbücher sind allerdings gut gefüllt. Heuer zeichne sich auch kein verstärkter Jobabbau ab, versichert IV-Generalsekretär Markus Beyrer. Keinen Anlass aufzunehmen, gibt die Ertragslage: Die Mehrheit der Betriebe rechnet in den kommenden sechs Monaten mit weniger Gewinn. Für Sorger ist die gedrückte Stimmung kein Wunder. Exorbitante Rohstoffpreise, teure Lohnabschlüsse und der fehlende Fortschritt bei flexibler Arbeitszeit erhöhen den

GESUNDHEIT Finanzminister verdient an Vogelgrippe-Angst

Die Angst vor einem Überspringen der Vogelgrippe auf den Menschen beziehungsweise einer Mutation bringt nicht nur Pharmaunternehmen und Apotheken kräftige Umsatzsteigerungen, sondern auch dem Finanzminister ein Körbchengeld von zweieinhalb bis drei Millionen € aufgrund der 20-prozentigen Mehrwertsteuer auf Medikamente.

Sechs Millionen davon gehen direkt an den Finanzminister. Und es könnte mehr sein, wären die Hersteller nicht von der starken Nachfrage überrascht worden. Derzeit sind Impfstoffe wie auch Tamiflu ausverkauft. Weil nicht in allen Ländern die Nachfrage so explodiert ist, versuchen einige Firmen, Kontingente nach Österreich umzuleiten. **Teurer als Deutschland**
Die hohen Umsätze kommen aber auch durch höhere Preise zustande. So kostet Tamiflu in Österreichs Apotheken 44,10 € während es in Deutschland um 33 € zu haben ist. „Das liegt an den höheren Spannen des Handels und der höheren Mehrwertsteuer“, sagt Roche Austria-Chef Martin Hangarter. Der Fabrikabgabepreis sei in beiden Ländern